

Verlag alle 14 Tage.  
Wochens. Bezugspreis  
1,50 M.  
In beziehen im Verlag  
„Die Eiche“, Berlin  
NW 55, Greifswalder  
Straße 222.

# Die Eiche

Anzeigen für die sechs-  
gespaltene Beilage  
20 Pfg.  
Arbeitsmarkt 15 Pfg.  
Ortsvereinsanzeigen  
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 29/30

Berlin, den 24. Juli 1931

42. Jahrg.

Fernsprechamt  
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postschreiben: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 38921 beim Postschekamt Berlin NW 7

Fernsprechamt  
Alexander 4719

## Deutsche Schicksalstage!

Später einmal wird man sich wundern, wie das deutsche Volk alles ertragen konnte, was in den letzten Wochen und Tagen auf seinen Körper einwirkte. Wirtschaftliche Not, schwerste Finanzkalamität des Reiches, Notverordnungen zu deren Behebung, Unzufriedenheit des Volkes mit den Ungerechtigkeiten der Notverordnungen, Ausnutzung der Unzufriedenheit der Massen und Verführung der Volksgemeinschaft durch die Radikalen von rechts und links, Riesenzusammenbrüche von Wirtschaftskonzernen, hervorgerufen durch verbrecherische oder leichtfertige Handlungen von sogenannten Wirtschaftsführern, Schwund des Vertrauens zur deutschen Wirtschaft, Wegzug aller kurzfristigen Anleihen aus Deutschland, wochenlange Verhandlungen über den Hoovervorschlag, zunehmende Devisenhamsterung unserer eigenen Patentpatrioten, Sturm auf Banken und Sparkassen, zeitweise Schließung derselben und weitere Notverordnungen von einem Ausmaß an Eingriffen in die Rechte der Einzelpersonlichkeit, wie man sie nie für möglich gehalten hätte. Wahrlich, das sind Schicksalstage, wie sie wohl selten einem Volke zuteil wurden.

Und trotzdem leben wir noch, trotzdem sind die Bande, welche das deutsche Volk zusammenhalten, noch nicht gerissen. Die Welt staunt über die Ruhe und Besonnenheit, mit der die überwiegende Masse des Volkes den furchtbaren Geschehnissen begegnet und sich durch die falschen Thesen der Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes nicht beirren läßt. Gerade der Mann und die Frau aus dem Volke haben in diesen schweren Schicksalstagen wieder den Beweis geliefert, daß sie die festesten und treuesten Säulen des Staates sind, sie haben sich nicht in den allgemeinen Strudel der Krisenmachererei hineinziehen lassen, sondern sind ruhig ihrer Arbeit nachgegangen. Natürlich sind auch manche von den kleinen Sparern zu den Sparkassen gelaufen, in Angst um ihre Notgroschen. Aber diese Leute handelten noch lange nicht so unvernünftig und verbrecherisch, als die großen Kapitalbesitzer, welche schon lange vorher ihr Eigentum ins Ausland in Sicherheit brachten und dann noch in den schwersten Tagen ihre Gebäude und Warenlager lombardierten und sich Devisen auszahlen ließen. Diese Leute haben fast ebensoviel Schuld an dem jetzigen Unglück Deutschlands, als die ausländischen Gläubiger. Die Arbeitnehmer und Angestellten haben ja noch ihre reichen Erfahrungen aus dem Kriege und der Inflationszeit. Auch da wurde immer häufiger beruhigt nach dem Muster „im Westen nichts Neues“. Und hinterher kam dann die Belastung, daß der Masse des Volkes die Augen übergingen. Daraus folgte das Volk, daß es nichts mehr glauben darf, es ist mißtrauischer geworden. Diese Einstellung hat aber auch sein Gutes. Es gab in diesen verflochtenen Tagen genügend Leute, welche der Regierung ins Ohr flüsternten, daß eine ganz kleine Inflation nichts schaden könnte. Die Regierung hat wohlweislich diesen Einflüsterungen nicht stattgegeben, in der weisen Erkenntnis, daß die Regierung, welche eine solche neue Inflation versuchen würde, Wunderdinge erleben könnte. Noch einmal läßt sich das deutsche Volk derartiges wie 1923 nicht bieten, dabei dürfte denn doch das ganze privalkapitalistische Wirtschaftssystem zum Teufel gehen. Wärschig genug hat es sich in letzter Zeit erwiesen.

Es handelte sich diesmal aber gar nicht um die Gefahr einer Inflation, sondern um eine Deflation, um einen starken Mangel an Zahlungsmitteln. Was eine Inflation ist, haben uns die Jahre 1920-1923 zur Genüge gelehrt, sie entsteht dadurch, daß ein Staat zur Befriedigung seiner Wirtschaft immer größere Mengen von Papiergeld ausgibt, ohne daß dieses die nach den allgemeinen Weltfinanzregeln vorgeschriebene Deckung an gemünztem oder ungemünztem Gold (Goldbarren) oder Devisen hat. Unter Devisen versteht man ausländische wertvolle Geldscheine oder Wechselforderungen aus Zahlungsaufweisungen auf ausländische Banken in fremder Währung, die aber auf Goldwährung lauten müssen. Deutschland hat sein ganzes Gold und seine Devisen im Kriege verpulvert, so daß es nach Beendigung des Krieges ohne genügende Golddeckung da stand.

Inzwischen sind wir wieder zu einer festen Währung gekommen und die Golddeckung der deutschen Mark ist durch Bankgesetz auf 40 Prozent festgesetzt. Also für 40 M. Gold oder Devisen, welche die Reichsbank in ihre Panzergewölbe legt, kann die Reichsbank einen Hundertmarkschein in den Verkehr bringen. Für den gegenwärtigen Umfang der deutschen Wirtschaftstätigkeit kann man mit der Notwendigkeit eines Notenumlaufs von mindestens 4 Milliarden Reichsmark rechnen. Die Gold- und Devisendecke der Reichsbank war noch im Jahre 1930 so groß, daß es die 4 Milliarden an Goldscheinen bequem herausgeben konnte, ohne die 40 prozentige Goldbedeckung zu unterschreiten. Erst die Zurückziehung der kurzfristigen Auslandskredite und die Kapitalverflechtungen ins Ausland brachten einen ungewohnten Ansturm auf die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank und zwangen diese zur Verminderung des umlaufenden deutschen Papiergeldes. Weil sonst die Deckungsgrenze von 40 Prozent immer mehr und mehr unterschritten worden wäre und dann hätten wir wieder die Inflation gehabt.

Diese Verminderung des Umlaufs an Papiergeld hat aber die Knappheit an Zahlungsmitteln zur Folge gehabt, die sich in den letzten Tagen so stark bemerkbar machte, daß Banken und Sparkassen tagelang geschlossen werden mußten, und auch heute noch der Selbstverkehr stärksten Begrenzungen unterliegt. Verschlimmert und erst richtig herbeigeführt worden ist dieser Zustand durch den gleichzeitigen Ansturm Tausender auf Banken und Sparkassen, die ganz plötzlich ihr Geld wiederhaben wollten. Einem solchen Ansturm sind die Kassen keines Landes gewachsen, denn Banken und Sparkassen können ja die eingezahlten Gelder ihrer Kundschaft nicht einfach in die Keller legen, sondern das Geld muß ja arbeiten, wenn es den Zins einbringen soll.

Eine solche Knappheit an Zahlungsmitteln nennt man Deflation im Gegensatz zur Inflation, die einen Ueberfluß an Zahlungsmitteln bedeutet. Wir haben ja noch gut in Erinnerung, daß wir uns in der Inflation einen Ruksack voll Papiergeld stopfen konnten, aber kaum Ware dafür bekamen.

Inzwischen hat die deutsche Reichsregierung unter freundlicher Mithilfe der englischen und amerikanischen Regierungen alles versucht, um als Ersatz für die herausgezogenen kurzfristigen Privatkredite einen möglichst langfristigen Kredit von mindestens 2 Milliarden als Reichskredit zu erlangen. Das Reich braucht diesen Kredit nicht für sich, sondern will ihn der Wirtschaft zur Verfügung stellen. Sie Sache ist bisher am Widerstande Frankreichs gescheitert. Die Regierenden in Frankreich sagen, daß es eine Verleumdung wäre, einem Staate Geld zu pumpen, in welchem starke Gruppen, insbesondere Stahlhelm, Nationalsozialisten usw. Frankreich täglich erneut Nachschub schwören und in allen Tonarten die Notwendigkeit einer erneuten kriegerischen Auseinandersetzung predigen. Die amerikanischen und englischen Vermittler weisen darauf hin, daß es derart überhörschwellige Bierbankhelden in allen Ländern gebe, und daß man das nicht so tragisch nehmen dürfe. Die Herren Franzosen wollen sich aber nicht belehren lassen, weil bei ihnen diese Effenreffer eine gleichgroße, anscheinend eine noch größere Rolle wie bei uns spielen. Um dem Drängen der Engländer und Amerikaner schließlich zu entgehen, erklärten die Franzosen schließlich unwirsch, daß, wenn die Deutschen etwas von Frankreich haben wollten, sie ja selbst kommen und ihre Sache vortragen könnten. Darauf sind Reichskanzler Brüning und Außenminister Curtius Ende voriger Woche zu einer Aussprache nach Paris gefahren. Zeitungsberichten nach soll der Empfang der deutschen Unterhändler durch das französische Volk ein sehr herzlicher gewesen sein und die Berichte über die Ausschreden der beiderseitigen Regierungsvertreter flossen ja auch über von gegenseitigen Sympathieerklärungen. Wir wünschen wirklich vom Herzen, daß diese Berichte mehr als diplomatische Floskeln bedeuten, daß dieses erste Zusammentreffen der Regierungsvertreter dieser beiden großen Völker auch den

Auftakt bilden möge zu einer wahren Völkerverständigung und Völkerverständigung. Vom Unfrieden können nur solche leben, die im Trüben zu fischen gewohnt sind.

Die Tage der Vorbesprechungen in Paris sind vorüber und gemeinsam sind die bisher feindlichen Brüder nach London gefahren, wo in einer Sieben-Mächte-Konferenz nun endgültig darüber entschieden werden soll, in welcher Form dem kranken deutschen Wirtschaftskörper geholfen werden soll. Es fehlt nicht an Stimmen, welche bis zur Stunde noch behaupten, daß eine Verkündigung ausgeschlossen erscheine, da Frankreich trotz aller Freundlichkeit gegenüber den deutschen Vertretern, doch auf politische und wirtschaftliche Garantien beharre, deren Annahme nicht nur für Deutschland, sondern auch für England und Amerika unmöglich seien. Eine amtliche Bestätigung dieser Meldungen ist nicht zu erreichen, so daß man gut tut, sie mit aller Vorsicht zu betrachten. Vorläufig wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß die freimütige Aussprache auf dieser Konferenz, welche wohl die wichtigste und bedeutendste seit Versailles ist, ein Ergebnis zeitigt, welches Deutschland aus der bisherigen furchtbaren Lage befreit. Auch Frankreich wird sich der allgemeinen Weltmeinung nicht entziehen können.

Inzwischen hat sich die Reichsregierung ernstlich bemüht, im eigenen Hause Ordnung zu schaffen. Es ist nicht möglich, alle in den letzten Tagen erlassenen Notverordnungen einer Besprechung zu unterziehen und sie im einzelnen daraufhin zu prüfen, ob sie in diesem Umfange notwendig waren oder nicht. Die scharfe Verordnung gegen die Ausschreitungen der Presse, wird ja, je nach der Barkeitstellung der einzelnen Zeitungen, aufs schärfste umstritten, aber große Teile der echt republikanischen Presse, die sonst für vollständige Pressefreiheit eintreten, bezeugen, daß die Unwahrhaftigkeit einer gewissen Presse, die in diesen Schicksalstagen des deutschen Volkes durch bewusste Falschmeldungen über die Lage, die Panik auf die Spitze treiben wollten, der Regierung keinen anderen Ausweg übrigließen. Es ist tief traurig, daß es selbst in solchen Zeiten Kreise gibt, bei denen Anstand und Verantwortungsgefühl so vollständig vor die Hunde gegangen sind.

Nach gesprochen wurde vorher über eine kommende Notverordnung, durch welche die monopolartigen Unternehmungen der Privatwirtschaft unter Staatsaufsicht gestellt werden sollten. In erster Linie wurden darunter die Banken und die Trusts verstanden. Eine solche Verordnung ist nicht gekommen. Dagegen hat sich die Regierung nun zu einer Notverordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht aufgerafft. Hiermit wird sie wohl den Beifall aller rechtsdenkenden Deutschen finden, denn nichts hat in den breiten Massen soviel Erbitterung erweckt, als das Wissen darum, daß die sogenannten besseren Leute, diejenigen, welche sonst das nationale Empfinden in Erbpacht genommen haben und die sich so oft als geistige und wirtschaftliche Führer aufspielen, bei den ersten leisen Anzeichen von wirtschaftlichen Nöten unseres Vaterlandes ihr Geld in das Ausland verschleppen. Es hieß immer in den verflochtenen Jahren von den verschiedenen Regierungstischen, daß gegen die Kapitalflucht kein Kraut gewachsen sei, daß es unmöglich sei, in diesem Punkte eine wirkliche Kontrolle auszuüben. Die jetzige Not hat aber doch den Weg gezeigt. Es ist immerhin schon ein erhebliches Risiko, wenn man beim Verschweigen seines Devisenbesitzes zehn Jahre Zuchthaus zu gewärtigen hat. Daneben kann aber auch noch auf unbegrenzte Geldstrafen und auf Einziehung der verschwiegenen Werte erkannt werden. Das letztere scheinen diese Art Sünder mehr als die angebotenen Freiheitsstrafen. Ob die Festsetzung von 100 M. Gebühren beim Ueberreichen der Grenze geeignet ist, der Kapitalflucht Einhalt zu tun, das ist freilich eine andere Frage, denn ein Hundertmarkschein bedeutet für einen Kapitalverschieber wenig. Sehr viele kleine Leute werden aber hart getroffen, z. B. wenn jemand zum Besuch oder zu einem Begräbnis naher Verwandter in die ehemals preussischen Gebiete Polens fahren will. Diese Härten dürften wohl aber durch die Ausführungsbestimmungen noch gemildert werden.

Gleiche Strafen sind vorgesehen für Steuerhinterzieher. Der Reichspräsident erleichtert aber den Sündern ihr Schuldbekenntnis, indem er für alle diejenigen, welche bis zum 31. Juli d. J. der Steuerbehörde ihre Sünden bekennen, eine Steueramnestie ausspricht. Bei recht-

zeitiger Anzeige braucht man nicht nachzuzahlen, hat aber für die Zukunft ganz ehrlich seine Steuerpflicht zu erfüllen. Nun, da werden die Klassen des Reiches ja jetzt gefüllt werden.

So stehen bei Redaktionschluss die Dinge. Hoffentlich werden die vereinten Bestrebungen im In- und Auslande eine derartige Veruhigung der ganzen Weltstimmung herbeiführen, daß auch dem deutschen Volke eine Existenzmöglichkeit gegeben ist. Wir haben nicht notwendig, vor der ganzen Welt als die Wühlernden dazustehen, sondern verlangen auch ein Plätzchen an der Sonne.

## Mehr Selbsterkenntnis.

Die Kritik, welche von einem Teil der Tagespresse und von der gesamten Gewerkschaftspresse aller Richtungen an den Führerqualitäten der deutschen Unternehmer geübt worden ist, hat im gesamten Arbeitgeberkreise größte Erbitterung und heftigste Abwehr ausgelöst. Aber wie man das von jeher gewöhnt ist, die Arbeitgeberpresse gibt sich nicht etwa die Mühe, die Vorwürfe sachlich zu widerlegen, sondern man spricht in ganz trübsaler Tonart der Arbeitnehmerseite überhaupt das Recht ab, ein Urteil in Wirtschaftssachen, insbesondere weit die Tätigkeit der Wirtschaftsführer dabei in Frage kommt, zu fällen. In der Kompaktheit der Ausdrücke marschieren natürlich das Leitorgan des scharfmacherischen Unternehmertums, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ an der Spitze, indem es die Kritik an den Leistungen deutscher Wirtschaftsführer als „schlechtbin dummes Zeug“ bezeichnet.

Es ist dieselbe Tonart, die wir auch schon vom Verhandlungstisch bei Tarifverhandlungen her gewöhnt sind. Auch da haben die Arbeitgeber, wenn die Arbeitnehmervertreter auf Mängel in der Betriebsführung hinweisen, scheinmächtig als Antwort zur Hand, daß die Arbeitnehmervertreter davon nichts verstanden, und also kein Recht hätten, darüber mitzureden. Die Unternehmer erklären einfach ihre Kräfte als unfehlbar. Diese überhebliche Einstellung verhindert ja auch in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle ein gedeihliches Zusammenarbeiten von Betriebsleitern und Betriebsräten, weil erstere in der ganzen Einrichtung nur eine geistlich zwangsweise über sie verhängte Kontrolle erblicken. Und da sie sich nun einmal für unfehlbar halten, so ist ihnen jede Kontrolle und jede noch so bescheidene Ehre gegenüber ihren Handlungen verhaßt. Da eine derartige strenge Haltung mit verständigen Argumenten nicht zu begründen geht, so muß der Gegner, in diesem Falle der Arbeitnehmer, als dumm, als unwissend hingestellt werden.

Mit diesem so überaus billigen Mittel sind die Unternehmer wohl bisher auskommen, aber jetzt scheint der blinde Glaube an die überragenden Führerqualitäten der deutschen Unternehmer, der bei den Arbeitnehmern schon längst geschwunden ist, auch in den anderen Kreisen immer mehr und mehr ins Wanken zu kommen. Kein Mensch wird bestreiten, daß es auch heute noch hunderte und tausende tüchtige und weitblickende Unternehmer gibt. Aber diese Hunderte und Tausende haben es nicht vermocht, dem gesamten deutschen Unternehmertum ihren Stempel aufzudrücken und sich zu anerkannten Führern der deutschen Wirtschaft herauszukristallisieren. Wäre das der Fall gewesen, dann hätten in den letzten Jahren in der deutschen Wirtschaft nicht Dinge passieren können, die der deutschen Wirtschaft jedes Ansehen und jeden Kredit im gesamten Auslande raubten.

Das waren durchaus nicht Einzelercheinungen, denn in den meisten Fällen zeigte sich die Masse der Unternehmer so solidarisch mit den Sündern, daß an ihrem Willen zur Mitverantwortlichkeit nicht gezweifelt werden konnte. Wir erinnern nur an die außerordentliche Tagung der sächsischen Industriellen, die vor einigen Monaten stattgefunden, und zu der als Gast Reichskanzler Brüning geladen war. Auf dieser Tagung hielt ein Geheimrat aus dem sächsischen Wirtschaftsministerium ein Referat, in welchem er es sehr scharf geäußerte, daß sich die Söhne der deutschen Unternehmer in den vornehmen ausländischen Kurorten, insbesondere an der Riviera, derartig aufführten, daß es den größten Anstoß erzeuge. Sie würden in einer Weise mit dem Geld herum, daß selbst die Söhne der amerikanischen Collarmillionäre nicht mithinkämen. Ein derartiges Auftreten des jungen Nachwuchses sei doch wirklich nicht geeignet, das Vertrauen zum deutschen Unternehmertum und damit zur deutschen Wirtschaft zu stärken. Nun müßte sich doch jeder vernünftige Mensch denken, die Herren Väter hätten sich diese Mahnung hinter die Ohren geschrieben und würden in Zukunft den verächtlichen Söhnen die Taumenschrauben schärfer anziehen. Weit gefehlt! Der Herr Geheimrat hatte durch seine Ausführungen arg ins Netznäpfchen getreten und die Versammlung bekam einen Tobiachtungsanfall, der so arg war, daß man nun auch den Reichskanzler nicht reden lassen wollte. Erst dem ganz energischen Eingreifen des Vorsitzenden gelang es, dem Reichskanzler das Wort zu verschaffen.

Was ob Arbeitervertreter oder Geheimrat! Es ist ganz gleich! So wie einer es magt, den Unternehmern gute Ratschläge zu geben, dann wird er in größter Manier angepöbelt. Der sprichwörtliche Arroganz des früheren Offizierskorps scheint voll und ganz auf das deutsche Unternehmertum übergegangen zu sein. Taub und blind für die Fehler in den eigenen Reihen.

Aber das Ausland war nicht blind und taub und hat die Fehler in hellem Bewusstsein. Es wurde von Monat zu Monat vorzüglicher; weigerte sich nicht nur neue

Kredite zu geben, sondern zog die alten Kredite immer mehr und mehr zurück. Auch die Reichsregierung sah das Unheil kommen und ihre Warnungen wurden immer ernster. So hielt der Reichsarbeitsminister Stegerwald am 5. Juli in Hamm i. W. eine Rede, in welcher er ausführte, daß der Staat willens sei, aus den Fehlern der Vergangenheit offen die Folgerungen zu ziehen, daß damit aber noch wenig genügt werde, wenn nicht in der Privatwirtschaft ein gleiches geschehe. Mit vielen Milliarden kurzfristiger Auslandsschulden habe man die Betriebe überinflationiert. Die deutsche Privatwirtschaft sei auch in ihren leitenden Stellen noch mehr aufgebläht und noch stärker bürokratisiert als die öffentliche Wirtschaft. Professor Bonn erklärte, daß der deutsche Steuerzahler gegenwärtig gleichzeitig fünf Aufgaben erfüllen solle, die Verschwendungsschulden der Vergangenheit abdecken, Reparationen zahlen, die Arbeitslosen erhalten, diejenigen subventionieren und sanieren, die ihr Kapital falsch angelegt haben und endlich die Bedürfnisse von Reich, Ländern und Gemeinden befriedigen.

Also auch von der Seite der ersten Wissenschaft werden dem Unternehmertum Vorhaltungen über falsche Kapitalanlagen gemacht und wird darauf hingewiesen, daß letzten Endes der deutsche Steuerzahler die Zechen bezahlen muß. Das sehen wir am kräftesten jetzt bei der Pleite der Darmstädter und Nationalbank, bei der die Reichsregierung die Garantie übernehmen muß, damit nicht unsägliches Elend über viele Unternehmungen hereinbricht. Und auch beim Nordmollat-Konzern spricht man schon von einer Sanierung durch das Reich. Am Schlusse ist der Steuerzahler — und damit auch der Arbeitnehmer — gut genug, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

Es ist ein bißchen viel, was sich in dieser Beziehung in den letzten Jahren in Deutschland ereignet hat. Mit dem Zusammenbrechen der Stinnesherrlichkeit fing es an; dann kam der Raiffeisenfandl mit einem Verlust von 70 Millionen Mark. Diese Bank wurde von dem Generaldirektor Dietrich so herrlich geführt, daß jeder Schwindler Geld in Hülle und Fülle erhalten konnte, wenn er nur recht gut von Schlöffern auf dem Monde phantasierte konnte. Die Frankfurter Allgemeine Versicherungs A.-G. ist zugrunde gerichtet worden durch verbrecherische Spekulationen ihrer Direktoren. Ihnen verdankt die Wirtschaft einen Verlust von 50 Millionen Mark. Die Fehlspekulationen des Stahltrusts, der vor einigen Jahren mit schwedischen Erzgruben einen festen Lieferungsvertrag zu den damaligen hohen Preisen bis 1942 abschloß, sollen sich auch auf über 200 Millionen Mark beziffern, die den Schweden mehr gezahlt werden müssen, als sich nach dem jetzigen Weltmarktpreis für Eisenerze errechnen läßt. Natürlich schreit der Stahltrust nach Schutzgöllen und Subventionen. Auch die Textilindustrie hat sich in Punkte Kapitalfehlleitung besonders ausgezeichnet. Die deutsche Kunstfaserindustrie war das Feld ungeheurer Fehlspekulationen und Fehlausbauten. Die Leistungsfähigkeit kann auch in besten Zeiten nicht entfernt ausgenutzt werden. Zeugen für die Mißwirtschaft sind die Kursstürze der Kunstfaseraktien von 800 auf 100 Prozent. Im Bau befindliche neue Werke, die schon Millionen gekostet haben, sind zu Ruinen geworden. Von den neuesten Fällen: Karstadt, Norddeutsche Wolle usw. brauchen wir nicht mehr zu reden, sie sind zu deutliche Markzeichen. Die Beträge, die durch eine falsche Politik und mangelnde Voraussicht der sogenannten Wirtschaftsführer verwirtschaftet worden sind, gehen in die Milliarden. Diese verpulverten Milliarden haben mindestens im gleichen Maße zu der jetzigen Finanzkrise beigetragen als Reparationslasten und Reichsdeijzeit. Ja noch im viel größeren Maße, denn es ist kein Geheimnis, daß gerade die Riesenpleiten im österreichischen und deutschen Bankgewerbe und in der Industrie zur Zurückziehung der Auslandsgelder geführt haben. Und die Pariser Tageszeitungen begrüßten Brüning noch vor dem Antritt seines Kanossengangs mit der Mitteilung, daß Frankreich sich nur dann an einer Sanierung Deutschlands beteiligen könnte, wenn das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes als Kontrollorgan nicht nur für die Budgets von Reich, Länder und Gemeinden, sondern auch für die finanziellen Transaktionen der Privatwirtschaft eingesetzt würde. Frankreich hält also die deutsche Privatwirtschaft für reif, unter Kuratel gestellt zu werden.

Das ist ein überaus hartes Urteil. Wir betonen nochmals, daß die Mehrzahl der deutschen Unternehmer dieses harte Urteil nicht verdienen. Sie ringen hart um ihr Leben und setzen allen Fleiß und alle Geisteskräfte ein. Ihre Schuld ist nur, daß sie den arroganten Gedankengängen dieser großen Wirtschaftskapitäne äußerlich wärmsten Beifall zollen und keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um sich mit ihnen solidarisch zu zeigen. Am auffälligsten ist dies beim selbständigen Handwerk, das täglich in Gefahr ist von den Großen aufgefressen zu werden und doch mit ihnen einstimmt in jeden Kampfruf gegen die Arbeiterschaft. Hier müßte die Selbstbesinnung einsetzen. Von den aufgeführten Riesenzusammenbrüchen und Fehlspekulationen hat nicht ein einziger etwas mit hohen Söhnen, Soziallasten oder Steuerüberpannung zu tun, sondern Großmachtsbündel, Ueberpannung der eigenen Machtmittel usw. waren die Ursache. Wann wird bei der Mehrzahl der Unternehmer endlich die Erkenntnis aufdämmern, daß die größten Schädlinge der Wirtschaft in den eigenen Reihen sitzen und daß es höchste Zeit wird, daß sie ausgeremert werden. Bevor das Unternehmertum nicht zu dieser Erkenntnis kommt, wird eine Gesundung des Wirtschaftslebens kaum möglich sein.

## Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Länge der Arbeitszeit ist keine Frage des Prinzips, sondern der Zweckmäßigkeit. Sie muß dem technischen Fortschritt, der dadurch gesteigerten Produktion und dem Verbrauch an Bedarfsgütern angepaßt werden. Vor etwa 50 Jahren haben wir noch 12 und mehr Stunden gearbeitet, heute gilt im allgemeinen der Achtstundentag. Der technische Fortschritt des letzten Jahrzehnts, der sich in der Rationalisierung der Betriebe auswirkt, lehrt uns, daß heute auch der Achtstundentag zu lang ist, und daß unter seiner Herrschaft es zur Unmöglichkeit wird, alle arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen beschäftigen zu können.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Arbeitnehmerorganisationen Deutschlands schon vor ca. einem Jahre eine gesetzliche Festlegung der Vierzigstundenswoche verlangt. Sie waren auch bereit für die Arbeitnehmerlasten zu übernehmen, indem auf einen Lohnausgleich ganz oder zum Teil verzichtet werden sollte. Grundgedanke war, durch die freierwerbenden Arbeitsstunden Arbeitslose in Beschäftigung zu bringen und so die immer höher steigende Not der Arbeitslosen einzubämmen. Die Regierung verhielt sich gegenüber der Forderung auf eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden ablehnend, war aber bereit, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände an den Verhandlungstisch zu bringen und gute Vermittlerdienste für freiwillige Vereinbarungen von Arbeitszeitbeschränkungen und Ueberstundenverbote zu leisten. Diese Verhandlungen zwischen den verschiedensten Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen haben auch stattgefunden, verliefen aber vollständig negativ, da auch nicht eine Gruppe der Arbeitgeber zu einem Entgegenkommen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung zu bewegen war; selbst in den Fällen nicht, wo die betreffende Arbeitnehmergruppe auf einen Lohnausgleich vollständig verzichtete.

Das war in den letzten Monaten des vorigen Jahres. Der Winter hat dann die Arbeitslosenziffer riesig vermehrt und das Frühjahr brachte nicht die erhoffte Entlastung. Im März d. Js. trat die von der Reichsregierung berufene Gutachterkommission zusammen, welche sich gleich im ersten Teil mit der Arbeitszeitverkürzung zum Zwecke der Wiedereinstellung Arbeitsloser beschäftigte. Die Kommission kam zu der Auffassung, daß es unmöglich sei, auch nur annähernd die Zahl der Arbeitslosen zu berechnen, denen mit Hilfe einer Herabsetzung der Arbeitszeit zu einer Arbeitsgelegenheit geholfen werden könnte. Trotzdem schlug die Kommission Grundzüge zu einem Gesetzentwurf vor, in dem die Reichsregierung ermächtigt wird, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbebezirke oder Bezirke die gesetzliche Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen.

Dieser Vorschlag der Gutachterkommission hat sinngemäß Aufnahme in die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gefunden. Bevor aber die Regierung von dieser gesetzlichen Bestimmung Gebrauch macht, versucht sie nochmals eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Zu diesem Zwecke fanden vom 22.—24. Juni und auch in den letzten Tagen Besprechungen im Reichsarbeitsministerium statt, an denen seitens des Verbandes der deutschen Gewerkschaften die Kollegen Gläubig, Graf und Voltmann teilnahmen. Die Arbeitgeber brachten zum Ausdruck, daß in der gegenwärtigen Zeit eine Verkürzung der Arbeitszeit kaum in Frage kommen könne, einmal wegen Auftragsmangels, der an sich schon zur Kurzarbeit zwingt, dann aber auch wegen des von den Gewerkschaften geforderten Lohnausgleiches. Einen Lohnausgleich halten die Arbeitgebervertreter aller Industrien für vollständig ausgeschlossen. Selbst bei einer gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit könnte von einem Zwang zu Neueinstellungen keine Rede sein.

Die Gewerkschaften aller Richtungen brachten zum Ausdruck, daß der Vorschlag, die Arbeitszeit da, wo es angehe, auf 40 Stunden zu senken, ein Jahr zu spät komme. Damals wäre es letzten Endes möglich gewesen, eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich in den Kauf zu nehmen. Das sei aber jetzt unmöglich, nachdem der Lohn auf der ganzen Linie so ungeheuer gesenkt worden ist. Nicht der Stundenlohn allein kommt hierbei in Betracht, sondern die Senkung der Allordräge. Darum könne jetzt von einer Abbildung des Lohnausgleiches nur auf die Schultern der Arbeiter keine Rede sein. Mindestens eben so wichtig, wie der Lohnausgleich sei auch die Frage, ob durch die Arbeitszeitverkürzung den Arbeitslosen der gewollte Vorteil, also die Einstellung in die Betriebe, erwächst. Ohne einen Einstellungszwang sei die Verkürzung der Arbeitszeit wertlos, denn man werde seitens der Arbeitgeber mit allen Mitteln versuchen, in der verkürzten Arbeitszeit das gleiche Arbeitspensum zu erzwingen, als in der bisherigen Arbeitszeit.

Die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärten, falls keine Einigung zwischen den geladenen Industriezweigen zustande käme, würde die Reichsregierung durch eine Verordnung diese Gruppen zu einer Arbeitszeitverkürzung zwingen. Allerdings könnte ein Lohnausgleich und ein Einstellungszwang nicht ausgesprochen werden.

Für uns Gewerkschaften ist aber gerade der Einstellungszwang die Vorbedingung für die Zustimmung zu einer Arbeitszeitverkürzung. Wird diese Vorbedingung nicht erfüllt, dann wird die Arbeitszeitverkürzung den Arbeitenden nur Schaden bringen, ohne den Arbeitslosen zu nützen. In einigen Industriegruppen z. B. in der Papierindustrie haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich

bereit erklärt, noch einmal in Parteiverhandlungen eine Lösung der Frage zu versuchen. Es ist ihnen seitens des Reichsarbeitsministeriums hierfür eine Frist bis zum 23. 8. d. J. gewährt worden. Bis zu diesem Termin wird das Reichsarbeitsministerium sich wohl abwartend verhalten. Wie sich die Regierung dann entscheiden wird, entzieht sich vorläufig noch der Beurteilung. Die Arbeitnehmer in allen Lagern sind sich aber einig, daß ohne einen Einstellungsstopp und ohne einen Lohnausgleich, wenigstens für die schlechtbezahlten Gruppen, an eine gezielte Arbeitszeitverkürzung nicht herangegangen werden darf. Der Lohn liegt schon vielfach unter dem Existenzminimum, eine weitere Senkung würde volkswirtschaftlicher Wahnsinn sein.

## Gebt acht!

In dieser Zeit der Wirtschaftskrise, der Notverordnungen tauchen auch wieder sogenannte Hyänen des Schlachtfeldes auf, die den Versuch machen, Kollegen, die durch die Not der Zeit besonders zermürbt und mahnung geworden sind, der Organisation zu entfremden. Wir wissen, daß diese Wölfe im Schafspelz meist im Solde des Unternehmertums stehen. Wir haben gesehen, daß der zusammengebrochene Wollkonzern die reaktionärste Lohnpolitik getrieben, zur Züchtung der gelben Summpflanze, Vernichtung der Gewerkschaften, Unsummen verschwendet hat. Der eiserne Wille, Mut und Entschlossenheit der organisierten Arbeitnehmer haben alle dunklen Pläne zunichte gemacht. So muß es auch in Zukunft gemacht werden.

Die Zeichen der Zeit deuten auf Sturm. Wir haben Schweres in der Vergangenheit dulden müssen. Trotzdem dürfen wir nicht mutlos werden, uns von falschen Propheten leiten lassen. Mit Hoffnung, Mut und Selbstvertrauen, gestützt auf unsere bewährte Organisation wollen wir auch der Zukunft entgegensehen.

Ueber diese Notzeit hinaus muß die Organisation gesteuert werden. Auch dazu sind harte Maßnahmen erforderlich. Unsere Kollegen haben dafür volles Verständnis, weil sie wissen, daß die Not der Zeit auch an unserer Organisation nicht spurlos vorübergegangen ist. Gemeinsam getragene Not führt die Genossen enger zusammen, stärkt aber auch gleichzeitig die Kräfte zur gemeinsamen Abwehr. Wir haben frühzeitig die Gefahr erkannt und demgemäß die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr getroffen. Gewisse Kreise halten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, den entscheidenden Schlag gegen die Arbeitnehmerorganisationen zu führen, in diesem Punkte irt man sich gewaltig, trotzdem wollen wir die Gefahr nicht unterschätzen. Jeder Ansturm der Reaktion muß an der geschlossenen Widerstandskraft der organisierten Arbeitnehmer machtlos abprallen. Zeigen wir in dieser Stunde der höchsten Not und Gefahr, daß wir bereit sind, unsere ganzen Kräfte einzusetzen, zur Erhaltung unserer jahrzehntelang bewährten Organisation.

Jung und Alt an die Front!

## Die Sorge um den Nachwuchs.

Die Ausbildung der Lehrlinge ist eins der Probleme, mit dem sich die Gewerkschaften dauernd in besonders hohem Maße beschäftigt haben. Von der richtigen Erkenntnis ausgehend, daß schlecht ausgebildete Lehrlinge nicht nur eine Gefahr für die Betreffenden selber, sondern für das ganze Gewerbe bilden, hat man dieser Frage besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Ueber das Kapitel Lehrlingsausbildung ist schon unendlich viel Druckerchwärze vergossen worden, gelöst ist dies Problem bis auf den heutigen Tag noch nicht. Das liegt zum Teil an der Gesetzgebung, indem man den Innungen in erster Linie das Aufsichtsrecht über die Ausbildung der Lehrlinge übertrug. Damit hatte man im wahren Sinne des Wortes den Bod zum Gärtner gesetzt. Die größte Lücke in der Gesetzgebung war die Ausschaltung des Gesellenstandes. Zwar war und ist im Gesetz ein Gesellenauschluß vorgesehen, der bei Prüfungen und dergleichen Anlässen zugezogen werden muß, in der Praxis hat dieser Ausschluß nicht die Bedeutung, es will ja auch wenig sagen, wenn an einem bestimmten Tage die Lehrbuben zur Prüfung zugelassen werden, um Zeugnis von ihrem Können oder Nichtkönnen abzulegen. Worauf es ankommt, ist, daß zur Ausbildung der Lehrlinge nur solche Meister zugelassen werden, die auch wirklich das Zeug dazu haben. Daß in dieser Beziehung viel gesündigt worden ist, wird selbst von ehrbaren Handwerksmeistern anerkannt. Man kann einem jungen Menschen, der seine Prüfung nicht besteht, nicht zumuten, noch längere Zeit zu lernen, deshalb haben wir von jeher der Zwischenprüfung ständig das Wort geredet. Es gibt eine Anzahl Handwerksmeister, die in ihrem Fach nicht die schlechtesten zu sein brauchen, denen jedoch jedes Ausbildungs- und Erziehungstalent mangelt. Ebenso gibt es junge Leute, die sich absolut für bestimmte Berufe nicht eignen. Hier nun das Richtige zu treffen ist eine Kunst, die nicht jedem innewohnt. Da der Lehre übergebenen jungen Menschenkinder sind meist zarte Pflanzen, die bei rauher Berührung leicht geknickt werden können.

Wie oft redet man über Arbeitsgemeinschaft, bestände bei der Ausbildung der Lehrlinge eine wahre Arbeitsgemeinschaft zwischen Meister und Gesellen, es stände wahrhaft besser um den Nachwuchs. Die einseitige Interessenvertretung der Innungen verhindert hier ein planmäßiges Zusammenarbeiten, mit allem Nachdruck

muß daher die Förderung der paritätischen Vertretung in den Innungen und Handwerkskammern erhoben werden.

Besonders die heutige Zeit mit ihrer übertriebenen Rationalisierung ist besonders dazu angetan, ernste Sorge über die Ausbildung des Lehrlings hervorzurufen. Denken wir besonders an die Vielseitigkeit im Tischlergewerbe mit seiner ganzen Verfeinerung, dann wird jeder Kenner der Verhältnisse alle Bestrebungen begrüßen, die geeignet sind, die Ausbildung des Nachwuchses zu fördern. Mit lebhaftem Interesse haben wir daher die Bestrebungen der Reichsarbeitsgemeinschaft der Lehrer für das Holzgewerbe verfolgt, wird doch hier ein beständiges Zusammenwirken von Berufs- und Fachschule mit dem Berufsstande des Holzgewerbes in den Vordergrund gestellt. So wurden bereits auf der am 11. und 12. Juni 1930 in Nachen abgehaltenen Tagung des deutschen Berufs- und Fachschultages Leitfäden aufgestellt, die eine klare Linie erkennen lassen, und in die Praxis umgewandelt bei der Ausbildung wertvolle Dienste leisten können. Ueber die Frage der Berufsschule dürften heute kaum noch ernste Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein. Längst ist allgemein anerkannt, daß die acht Schuljahre nicht ausreichen, um den jungen Menschen mit demjenigen Wissen und Können auszustatten, das ihn befähigt, sich im späteren Leben, geführt auf eine gute Allgemeinbildung, zurechtzufinden. Die Berufsschule soll anknüpfen an den Bildungs- und Wissensfonds, den sich der junge Mensch in den acht Schuljahren erworben hat. Sie ist gewissermaßen die abschließende Schule für den größten Teil der deutschen Jugend. Die Aufgabe der Berufsschule ist aber nicht nur eine ergänzende, sondern zugleich auch eine neue. Sie soll berufliches Können sowie wirtschaftliche und staatsbürgerliche Erziehung vermitteln, und da der Beruf Ausgangspunkt ist, soll die Tätigkeit und das Wirken der Berufsschule vor allem hier einsehen.

Eine noch nicht geklärte und zum Teil noch stark umstrittene Frage ist die, ob in den Berufsschulen Werkstätten eingerichtet werden sollen. Wenn in letzter Zeit diese Frage mehr im behaftenden Sinne behandelt wird, so gehen die Meinungen doch darüber weit auseinander, ob der Unterricht in der Schulwerkstatt nur der praktischen Veranschaulichung dienen darf oder auch praktische Ausbildung vorgenommen werden soll.

Zur Klärung dieser Frage hatte die Reichsarbeitsgemeinschaft der Berufsschullehrer für das Holzgewerbe anlässlich des am 27. und 28. Mai 1931 in Altona stattgefundenen Preussischen Berufsschultages zu einer Sondertagung eingeladen, an der auch ein Vertreter unseres Gewerkschafts teilgenommen hat.

Die Tagung wurde eingeleitet durch ein Zwiegespräch zwischen dem Vorsitzenden der Reichsarbeitsgemeinschaft, Gewerkschaftsleiter Rademacher und dem Tischlerobermeister Heinze-Hannover als Vertreter des Reichsverbandes für das deutsche Tischlergewerbe, dem sich dann eine allgemeine Aussprache anschloß.

(Fortsetzung folgt.)

## Das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden macht „Schule.“

Unter Bezeichnungen wie „Der Mensch“, „Der gesunde und kranke Mensch“ und dergl. haben bereits an einer ganzen Anzahl von Orten Ausstellungen stattgefunden, die den Eindruck erweckt haben, als ob sie vom Deutschen Hygiene-Museum veranstaltet würden. In Presseartikeln wird sogar zum Teil ausdrücklich auf das Hygiene-Museum in Dresden Bezug genommen, während in Wirklichkeit neben anderem, oft recht zweifelhaftem Material nur vom Hygiene-Museum gekaufte Bildtafeln, Plakate und dergl. gezeigt werden. Auch bei Ankündigung von Lichtbildvorträgen wird oft in ähnlicher Weise unlauterer Wettbewerb betrieben.

Wenn auch der sachkundige Beurteiler meist schon aus der Art der Darstellung, dem Mangel jeder Erläuterung usw. erkennen dürfte, daß es sich nicht um eine Veranstaltung des Deutschen Hygiene-Museums handelt, so ist es doch notwendig, einmal nachdrücklich auf diese Irreführung der Öffentlichkeit aufmerksam zu machen.

Im Zweifelsfall ist eine unmittelbare Anfrage an das Deutsche Hygiene-Museum, Dresden A. 1, Postfach 34, anzurufen.

## Aus den Ortsvereinen.

Augsburg, E. B. Jugendheim! Der Verein Jugendheim der deutschen Gewerkschaften H.-D. veranstaltete am 27. und 28. Juni in seinem Landheim in Kruiden ein großes Sommerfest. Da ein herrliches Wetter den prächtigen Rahmen dazu schuf, war auch die ganze Veranstaltung in allen seinen Teilen ein großer Erfolg unserer Gewerkschaften. Bereits am Samstag-Abend waren etwa 300-400 Anhänger unserer Bewegung auf dem herrlich gelegenen Platz beim Landheim versammelt, um sich bei Singsammelmusik und Humor bis zur Dunkelheit die Zeit zu vertreiben. Als dann mit dem letzten Akte die G.D.A.-Jugend mit einigen älteren Kollegen vom G.D.A. ankamen, die Kollegen von Ulm mit ihrem Jugendleiter Frab waren bereits anwesend, prangte das Landheim in schönster Illumination. Durch ungezählte Lichter und Lampen erleuchtet, war es weithin sichtbar und lockte viele Landbewohner an. Bei der dann folgenden Sommerabendfeier mit riesigem Johannisfeuer hielt nach einleitender Musik der Kollege Gotthold eine markante

Feuerrede. Der schöne alte Brauch dem Sonnengott Baldr zu Ehren auf den Höhen Feuer zu entzünden, sollte auch bei uns gelbt werden. Alles Trennende und Zerklüftete soll in ihm verbrannt werden und in fester treuer Einigkeit soll unser deutsches Vaterland nicht zuletzt auch durch zielbewusste Gewerkschaftsarbeit wieder zur Blüte gelangen. Mächtig schallte dann das gemeinsam gesungene Deutschlandlied in die Ferne und ins Tal.

Nach einem prächtig vorgetragenen Gedicht eines Jugendfreundes vom G.D.A. wurde von den beiden Jugendverbänden H.-D. und G.D.A. ein gemeinsamer Reigen mit Gesang um das hochauflodernde Feuer getanzt. Dieses prächtige schöne Bild, das uns diese 60 Mädel und Buben zeigten, wurde dann von dem alten Brauch, dem Feuer springen abgelöst. Bis in die frühen Morgenstunden war man gemütlich beisammen. Manche Kollegin und mancher Kollege machten zwar als sogenannte Feuerwache eine Durchnacht, aber sie wurden durch einen herrlichen Sonnenanfang reichlich entschädigt. Ein herrlicher Tag stand bevor und so wurde er auch. Jeder ankommende Zug brachte neue Gäste und bald stieg die Zahl der Anwesenden auf etwa 600.

Nach einem gemeinsamen Kirchgang, speziell die Jugend, wurde am Vormittag ein Waldbau arrangiert der recht gute Resultate bei schönen genutzbaren Preisen aufwies. Das gemeinsame Mittagessen wurde durch die ab 1 Uhr konzertierende 12 Mann starke Blechmusik abgelöst. Das Nachmittagsprogramm war recht abwechslungsreich. Nach einer längeren Begrüßungsrede des 1. Vorsitzenden Kollegen Gotthold, der mit Freude konstatierte, daß die Freude am eigenen Besitz unter den Kollegen stetig wachse, die im Landheim aufgelegte Liste in 11 Monaten die Zahl 1400 überschritten habe. Ein Beweis dafür, daß die Kollegen die zur Erholung von Körper und Geist erbaute Stätte richtig zu würdigen wissen. Auch das harmonisch gute Auskommen mit der anässigen Landbevölkerung fand lobende Anerkennung. Daß seine Worte auf guten Boden fielen, zeigten einige Neuaufnahmen. Das Konzert und das Hochstechen wurde durch einige schöne Gesangsreigen der G.D.A.-Jugend unterbrochen. Eine lange Kinderpolonaise zeigte von gesundem frühlichem Nachwuchs. Dazwischen brachte ein Duett des Wanderbundes Waldbau die Bauämter in dauernde Bewegung. Rasch verflogen die schönen Stunden und mit Musik wurden (trotz Notverordnung) die große Schar von Gästen zur Bahn begleitet, die in danzenswerter Weise die Zugsgarnitur verstärkt hatte.

Der Kollege Gotthold und seine treuen und fleißigen Mitarbeiter konnten wiederum ein Fest beschließen, das uns sicher wieder neue Freunde bringen wird und sicher aber auch manches Trennende beseitigt hat. Wenn auch die Jetztzeit durchaus nicht zu Festlichkeiten Anlaß gibt, so ist doch ein solches Fest in Gottes freier Natur, in Waldbau, die den Menschen freier atmen und leben läßt, eine ganz vorzügliche Aufbauarbeit, vor allem geeignet, den inneren Zusammenhalt zu festigen und zu heben.

B. G.

Elbing. Der Ortsverein der Holzarbeiter hatte am 18. Juli seine fällige Monatsversammlung, welche einigermaßen gut besucht war. Insbesondere von den Arbeitslosen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils, hielt der Bezirksleiter Kollege Hinz einen aufklärenden Vortrag über den 3. Teil der Notverordnung vom 6. Juni 1931. Bekanntlich hat diese Notverordnung 7 Teile mit 40 Kapiteln, welche 35 Druckseiten umfassen.

Der 3. Teil dieser Notverordnung umfaßt die Arbeitslosenversicherung. Zunächst behandelte der Redner die Krisenlohnsteuer, welche doch nur eine vertappte Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung ist. Damit man nicht den Arbeitgeber, mit dem Arbeiter gleichmäßig belastet, hat (man diese Krisenlohnsteuer angeordnet und den Arbeitnehmer bedeutend mehr dabei bedacht. Eingehend wurden die einzelnen prozentualen Staffelungen dieser Steuer durchgesprochen. Während der Arbeitnehmer bei dem niedrigen Verdienst schon 1 Prozent zahlen muß, zahlen die Besitzenden nur  $\frac{1}{4}$  Prozent. Die Landwirtschaft zahlt bis zu 6000 RM. überhaupt keine Krisensteuer. Wenn ein Landwirt z. B. 10 000 RM. im Jahr Einkommen hat, zahlt er nur das ganze Jahr 40 RM. Krisensteuer.

Im weiteren wurden die Verschlechterungen im Arbeitslosengesetz eingehend behandelt. Ganz besonders wurden die Kürzungen der Unterstützungssätze und die Verschlechterungen der §§ 90 und 91 (Arbeitszuweisung) und die Herausnahme der Arbeitslosen unter 21 Jahren, wenn sie nicht bedürftig sind, einer heftigen Kritik unterzogen. Ein Lichtstrahl für die Bedürftigkeitsfrage ist ja die Entscheidung des Spruchsenats für Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt geworden. Diese Entscheidung (111. aAr. 65/31) spricht auch dem unterhaltungsplichtigen Angehörigen 10 RM. zu. Einer Familie mit Vater, Mutter und einem etwa 19 jährigen Sohne wurden früher nur 30 RM. die Woche frei gelassen. Der Mehrverdienst wurde auf die Unterstützung angerechnet. Nach dieser Entscheidung müssen es jetzt 40 RM. sein. Der Vortragende empfahl den Anwesenden, wo solche Fälle schon entschieden sind, jetzt noch einmal den Antrag auf Entscheidung durch den Spruchsenats zu stellen. Denn wenn schon die ganze Notverordnung nur auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt ist, müssen alle Mittel und Wege ausgenutzt werden, um den Verweis zu erbringen, daß diese Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung unmöglich und unhaltbar ist. Damit geben wir auch der Eingabe des Gewerkschaftsrings einen besseren Nachdruck.

Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit, behandelte der Vortragende noch eine örtliche Angelegenheit. Die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer betragen in Elbing 550 Prozent. Daß dieses die Mieten ganz erheblich verteuert, darf wohl nicht näher begründet werden. Schon im Jahre 1926 erreichte der Vortragende in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter einen Stadtverordnetenbeschluss, daß alle Personen, welche nur ein Einkommen bis zu 50 RM. den Monat haben, von der Umlage zur Grundvermögenssteuer befreit wurden. Im Jahre 1929 wurde der Beschluss dahin erweitert, daß alle, welche von der Hauszinssteuer befreit sind, auch die Umlage zur Grundvermögenssteuer nicht bezahlen sollten. Am 9. 7. erließ der Magistrat eine Bekanntmachung, daß der Minister eine Anweisung herausgegeben hätte, daß der Erlaß dieser Umlage dem Charakter der Grundvermögenssteuer als Objektsteuer widerspreche u. die Umlage von allen Mietern bezahlt werden müsse. Diese Anweisung ist wieder eine Belastung der Vermögenden der Armen. Weil diese Arbeitslosen usw. doch wieder mehr Miete zahlen müssen. Letzten Endes wird doch nur wieder das Wohlfahrtsamt belastet. Oder der Hauswirt bekommt die Miete nicht, was dann auch nur wieder Auseinandersetzungen gibt. Folgender Beschluss soll der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat überhandt werden:

Der Ortsverein der Holzarbeiter Hirsch-Dunder zu Elbing, hat sich in seiner letzten Versammlung mit der Bekanntmachung des Magistrats vom 9. Juli 1931, betreffend Aufhebung des Beschlusses über die Befreiung von der Bezahlung der gemeindlichen Grundvermögenssteuer beschäftigt. Bestehend wird es bei den Versammelten, daß der Herr Minister eine derartige Anweisung gerade in der jetzigen Zeit herausgeben konnte. Hierdurch sind wieder die Vermögenden der Armen in Mitleidenschaft gezogen worden. Weil dadurch bei Wohlfahrtsempfängern, Arbeitslosen usw. sich wieder die Miete erhöht, während alle auf die angekündigte Mietsenkung warten.

Durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist ab 1. 10. 26 bei allen Einkommen bis zu 50 RM. den Monat, die gemeindliche Grundvermögenssteuer erlassen worden. In letzter Zeit, sind dann alle Mieter, welche von der Hauszinssteuer befreit sind, von der Zahlung der gemeindlichen Grundvermögenssteuer befreit.

Am 10. 10. Herr Minister erklärt haben, daß das Erlassen der gemeindlichen Grundvermögenssteuer dem Charakter der Grundvermögenssteuer als Objektsteuer widerspreche. Diese Begründung kann nicht als stichhaltig angesehen werden. Weil ja bereits durch die ministeriellen Verfügungen der Charakter der Steuer ein anderer geworden ist. Denn durch die Umlage auf die einzelnen Mieter ist diese Steuer bereits Subjektsteuer geworden.

Unseres Erachtens nach ist der Grund nur ein Vorwand und müssen wohl andere Gründe den Herrn Minister hierbei geleitet haben.

Der Ortsverein der Holzarbeiter H.-D. stellt hiermit an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung das dringende Ersuchen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß der Herr Minister diese Anweisung wieder zurücknimmt. Denn die von der Anweisung betroffenen Personen, sind ja gar nicht in der Lage, die gemeindliche Grundvermögenssteuer zu zahlen. Was wird die natürliche Folge davon sein? Daß erneut Petitionen an das Wohlfahrtsamt um Mietszuschüsse gestellt werden. Was nur wieder Arbeit und Aufregung verursacht. Dieses kann doch alles vermieden werden. Die Finanzen der Stadt werden hierdurch nicht gebessert, sondern noch verschlechtert."

Die Aussprache, welche über diesen Vortrag stattfand, war eine sehr rege und wurde dem Bezirksleiter der Dank für diese Aufklärung ausgesprochen. Vom Vorsitzenden Kollegen Thimm wurde der Wunsch ausgesprochen, daß zu den Versammlungen die Kollegen alle reiflich erscheinen möchten. Denn in jeder Versammlung werden alle möglichen Aufklärungen gegeben, wie sich die Kollegen vor Nachteilen zu schützen haben.

Nächste Mitglieder-Versammlung am 22. August.

Weißenhorn. Der Gewerbeverein der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.), Ortsverein Weißenhorn hielt am Samstag, dem 27. Juni 1931, abends 8 Uhr im Lokal zum Vamm, in Weißenhorn eine sehr gut besuchte Versammlung ab.

Allgemein begrüßt wurde die Anwesenheit der Herren Bürgermeister Dr. Lenz-Weißenhorn und Böhrle-Graschhofen, sowie des Herrn L. W. Wühlhofer, die auf unsere Einladung erschienen waren und dadurch zum Ausdruck brachten, daß ihnen die Belange der Arbeiter und Erwerbslosen sehr am Herzen liegen, die ja auch die Gemeinden aufs Engste betreffen.

Vorsitzender Kollege Ruesch eröffnet die Versammlung mit der Begrüßung der Beförderer und sämtlicher Anwesenden und gibt die Tagesordnung bekannt: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Klopfer über die Notverordnung vom 5. 6. 1931. 3. Mitteilung des geschäftlichen Teiles, dem Hinweis auf die Kollegen auf den Ernst der Lage und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen, starken Organisation, referierte Kollege Klopfer über: Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 in ihrer Auswirkung und unsozialen Lastenverteilung. In dem Aufruf der Reichsregierung heißt es an einer Stelle:

„Schwere Lasten und Opfer muß die Reichsregierung dem deutschen Volke zumuten, um die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrecht zu erhalten. Diese ist die Voraussetzung für die Fortführung der deutschen Wirtschaft; von ihr hängen Millionen und Abermillionen von Kriegsteilnehmern, Sozialrentnern, Beamten und Angestellten in ihrer Existenz ab.“

Das ist ohne Zweifel richtig und haben besonders die Arbeiter bisher ständig den Beweis erbracht, daß sie bereit sind, gerechte Lasten zu tragen, wehren sich aber auch ebenso entschieden, gegen ungerechte Lastenverteilung.

In eingehender Weise erläutert Redner die einzelnen Teile der Notverordnung und führt uns deren unsoziale Lastenverteilung in einigen Beispielen vor Augen. Mit der Krisensteuer werden die Lohnsteuerpflichtigen wesentlich stärker belastet, als die Veranlagungspflichtigen. Hier ist unter allen Umständen eine Gleichstellung mit den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen, unter Berücksichtigung des Existenzminimums vorzunehmen. Die Bestimmung über die Aufhebung der Lohnsteuerrückstellungen ruft allgemeine Entrüstung hervor, weil dadurch den ohnehin durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit schwer geschädigten Lohnempfängern die zuviel bezahlte Steuer vorenthalten, und somit gegenüber den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen, eine Sonderbelastung auferlegt wird. Nicht verstanden werden kann die Stellungnahme der Reichsregierung, gegenüber den hohen Gehältern und Pensionen, sowie den Doppelverdienern. Es ist höchste Zeit, daß auch gegen diese eine Sonderbelastung erfolgt, zumal diese, bis heute verschonten Einkommen, eine Sonderbelastung am ersten ertragen und damit am Ausgabebetrag sehr viel gespart werden kann. Die von Regierungsseite angekündigte Maßnahme, diese Kreise zu einem freiwilligen Verzicht zu veranlassen, ist nach den bis heute gemachten Erfahrungen erfolglos und soviel wie „leeres Stroh gedroschen“. Bei einigermaßen gutem Willen muß sich auch hier ein Weg finden, diese überspannten Gehälter und Pensionen der heutigen Notlage entsprechend zu belasten.

Der dritte Teil der Notverordnung „über die Arbeitslosenhilfe“, bringt Änderungen die das Maß des erträglichen bei weitem überschritten haben. Der Ausschluss aller Jugendlichen unter 21 Jahren aus der Unterstützungsgewährung ist eine sozialpolitische sehr bedenkliche Maßnahme. Gewisse Kreise schreiben dauernd von der sittlichen und moralischen Verwahrlosung der Jugend, bedenken aber dabei nicht, daß man durch diese Maßnahmen des Gegenteils von dem erreicht, was man erreichen will und die jungen Menschen in das extreme Lager abtreibt. Den Eltern, die zum Teil auch arbeitslos sind, werden dadurch Opfer zugemutet, die unerträglich sind.

Ein besonderes Kapitel ist die Rückstellungspflicht der Krisenunterstützung, die völlig unhaltbar ist. Durch die langandauernde Arbeitslosigkeit geraten fast sämtliche Arbeitslose mit ihren Familien in Schulden und haben bei Wiedererlangung einer Arbeitsstelle alles zu tun, um diese abzutragen; wie soll es dann noch möglich sein, die Krisenunterstützung zurückzubehalten, ohne den Unterhalt der Familie zu gefährden?

Starke Entrüstung ruft die allgemein vorgenommene Kürzung der Unterstützungssätze hervor, die vordem schon aufs äußerste bemessen waren, und manches Familienleben an den Ruin brachten. In den offiziellen Presse-meldungen ist bisher, in völlig irreführender Weise, stets nur von einer Kürzung von 5 Prozent geredet worden, während die tatsächlichen Kürzungen zwischen 62 1/2 Prozent in der niedrigsten und 14 Prozent in der höchsten Lohnklasse betragen. Diese gewaltige, mit nichts zu ver-antwortende Kürzung ist unerträglich und muß schnellstens beseitigt werden.

Ebenso unerträglich ist die starke Verlängerung — teilweise sogar Verdoppelung — der Wartezeit. Wie soll ein Arbeiter bei dem heutigen Einkommen mit seiner Familie 3 Wochen leben können? Bei Arbeitslosen ohne Zuschlagsempfänger dauert es sogar 4 Wochen, bis er eine Unterstützung erhält, ohne daß danach gefragt wird, mit was er leben kann. Starkes Bestreben ruft der Angriff auf die Reichsversorgung hervor. Der anrechnungsfreie Betrag der Renten wird um die Hälfte gekürzt, und außerdem werden noch die Renten der Kriegsbeschädigten anrechnungsfähig gemacht. Von dem „einst soviel gepriesenen Dank des Vaterlandes“ ist heute nichts mehr zu hören, wohl aber zu spüren, besonders bei Abbaumassnahmen und der Lastenverteilung.

Redner behandelt noch die unterm 18. 6. 31 der Reichsregierung überreichte Denkschrift des Gewerkschaftsrings, unserer Spitzenorganisation, die die Revision der Notverordnung fordert und praktische Vorschläge enthält. Die Denkschrift ist in Nr. 25-26 vom 26. Juni 1931 in unserer Ecke im Wortlaut veröffentlicht und ersucht Redner, dieselbe aufmerksam zu lesen.

Die nun folgende Aussprache löste allgemeine Entrüstung gegen die unsoziale Lastenverteilung der Notverordnung aus und stellte sich die Versammlung einmütig hinter die Revisionsforderung des Gewerkschaftsrings, mit der Erwartung, daß die Reichsregierung derselben in Bälde Rechnung trägt. Mit allem Nachdruck muß die Revision der Notverordnung, die bereits gefordert ist, durchgeführt werden.

Herr Dr. Lenz sprach offene, bewegte Worte an die Versammlung, bezüglich der Lastenverteilung der Notverordnung und der hohen Gehälter und Pensionen. Allgemein begrüßt wurde der Vorschlag des Herrn Bürgermeisters, einen Arbeiterausschuß einzusetzen zur Beratung der internen Angelegenheiten der Arbeiter und Erwerbslosen; wird doch dadurch das Band zwischen Stadtverwaltung und Arbeiterschaft enger geknüpft. Aus den Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Stadtverwaltung, an deren Spitze Herr Bürgermeister Dr. Lenz alles unternimmt, um Arbeit zu beschaffen und die ausgesteuerten Erwerbslosen wieder in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Diese Tatsache beweist, daß viele Not gemildert werden kann, wenn ein ernstlicher Wille vorhanden ist. Ganz besonders geht Herr Dr. Lenz, der selbst Kriegsbeschädigter ist, auf die vorgenommene Rentenkürzung ein. Redner legt den Anwesenden nahe, sich in allen Fragen der Stadtverwaltung anzuerkennen, damit er, soweit ihm die Möglichkeit geboten ist, Abhilfe schaffen kann. Kollege Klopfer beantwortet noch die in der Diskussion gestellten Anfragen und stellt das falsche, aufgetauchte Gerücht, wonach in Zukunft zur Erlangung der Arbeitslosenunterstützung eine Anwartschaftszeit von 30 Wochen erforderlich sei, richtig.

Die Notverordnung sieht hier ausnahmsweise keine Verringerung vor, und ist nach wie vor bei der ersten Arbeitslosmeldung eine Anwartschaftszeit von 52 Wochen der letzten 2 Jahre, bei jeder weiteren Arbeitslosmeldung eine solche von 26 Wochen im letzten Jahr erforderlich.

Mit dem Appell an die Kollegen, auch in der ferneren Zukunft die Treue der Organisation zu erhalten und alles daranzusetzen, um auch den letzten der uns noch Fernstehenden in unsere Reihen einzufügen, schließt Redner seine Ausführungen.

Vorsitzender Kollege Ruesch kann hierauf mit dem Dank an den Referenten, sowie sämtliche Anwesende und die Vertreter der Stadt, die eindrucksvolle und lehrreiche Versammlung schließen.

R.

## Eine Schrift des Gewerkschaftsrings zur Reparationsfrage.

Ein eindrucksvolles Bild vom Kampf der freiheitlichen Gewerkschaftsrichtung gegen Versailles und die Tributlasten vermittelt eine kleine Schrift: „Für die Freiheit der Nation“, die der Generalsekretär des Gewerkschaftsrings, Ernst Lemmer, zusammenstellte und vom Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie der Öffentlichkeit übergeben worden. — Sie skizziert in 4 Hauptabschnitten die Entwicklung der Reparationsfrage von Versailles über Dawes-Plan zum Young-Plan; den Kampf der Arbeiterschaft gegen die Tributlasten; Rundgebungen, Proteste, Denkschriften und Forderungen zur Abänderung der Reparationsverträge und untersucht „Die Krise der internationalen Schuldentilgung“. — Das Programm des Gewerkschaftsrings, seine Leitfäden zur Sozialpolitik und eine Uebersicht über die ihm angeschlossenen Verbände beschließen diese wertvolle Broschüre. — Die Anschaffung dieser Schrift ist dringend zu empfehlen.

**Sprechmaschinen-Laufwerke**  
Schalldosen, Metalltonführungen usw.  
äußerst günstigen Preis.

M. Bopp, Hanau a. Main, Huttenstraße 3.

## Pünktliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 18.-24. Juli ist die 29. Woche fällig  
Für die Woche vom 25.-31. Juli ist die 30. Woche fällig  
Für die Woche vom 1.-7. Aug. ist die 31. Woche fällig



## Einheitliche Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.